

Wettbewerb der Steuerreformen

Die Angst vor der **Ausblutung des Staates** hat sich bisher als unbegründet erwiesen

Die Globalisierung mache die Staaten ohnmächtig und hungere sie aus – weil alle im Wettrennen um die tiefsten Steuersätze mitmachen müssten. Diese Befürchtung ist verbreitet und tönt plausibel – doch die Realität ist bisher eine andere.

HANSUELI SCHÖCHLI

Die Welt ist zusammengerückt. Firmen und hochqualifizierte Arbeitnehmer flüchten an die für sie billigsten Standorte. Die Staaten müssen im Wettrennen um den tiefsten Steuersatz mitmachen – weshalb ihnen das finanzielle Ausbluten droht. Etwa so tönen verbreitete Befürchtungen – welche seit dem Aufkommen des Modebegriffs «Globalisierung» in den letzten 10 Jahren besonders häufig zu hören sind.

Die Realität ist nicht ganz so dramatisch, wie an einer internationalen Konferenz des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse vom vergangenen Freitag in Zürich deutlich wurde. Gemessen an den Steuersätzen scheint in der Tat ein Wettrennen nach unten stattzufinden. Die durchschnittlichen Gewinnsteuersätze für Firmen sind in den OECD-Ländern seit 1980 von etwa 50 auf 30 bis 35 Prozent geschrumpft. Die neuen EU-Mitgliedstaaten sorgen mit Steuersätzen von zum Teil unter 20 Prozent für weiteren Druck.

Doch die Steuersätze zeigen nur einen Teil der Realität. Entscheidend ist für die Staaten letztlich das Total der Steuereinnahmen. Und diese sind gemessen an der Wirtschaftsentwicklung bemerkenswert stabil. In der OECD, dem Klub der 30 reichsten Industrieländer, sind die Steuereinnahmen (ohne Sozialversicherungsbeiträge) seit 1980 sogar von 24,5 auf 26,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Für die 15 alten EU-Länder und für die Schweiz gilt die gleiche Tendenz (vgl. Grafik).

Das gleiche Bild zeigt sich auch, wenn man nur die Gewinnsteuern der Firmen betrachtet. In den EU-15 stiegen diese Steuern seit 1980 von 2,1 auf 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in der Schweiz von 1,7 auf 2,5 Prozent.

Des Rätsels Lösung: Tiefere Steuersätze müssen nicht tiefere Steuereinnahmen bedeuten – wenn gleichzeitig Schlupflöcher gestopft werden und die tieferen Sätze die Umgehung dämpfen.

Der Blick nach Norden

Der Druck des Steuerwettrennens wird zuweilen auch übertrieben, wie Laszlo Kovacs andeutet, EU-Kommissar für Steuern und Zollunion: «Eine hohe Steuerbelastung schreckt nicht unbedingt die Investoren ab.» Kovacs verweist auf die skandinavischen Länder, die relativ hohe Steuerbelastungen hätten, in den internationalen Ranglisten der Wettbewerbsfähigkeit aber regelmässig vorne dabei seien. Die Botschaft des EU-Kommissars: Entschien-



Das Kapital ist besonders mobil, weshalb viele Staaten die Kapitalsteuersätze senken. KEY

dend ist nicht der Preis (die Steuerhöhe), sondern das Preis-/Leistungsverhältnis. Wenn höhere Steuern zum Beispiel mit besseren Schulen, qualifizierterem Personal und stärkerem sozialen Frieden einhergehen, kann ein Standort für Investoren attraktiv sein. Firmenumfragen zeigen denn auch regelmässig, dass Steuern bei Standortentscheidungen zwar ein wichtiger Faktor sind, aber bei weitem nicht der einzige und meist auch nicht der wichtigste (am wichtigsten sind oft die Arbeitskräfte).

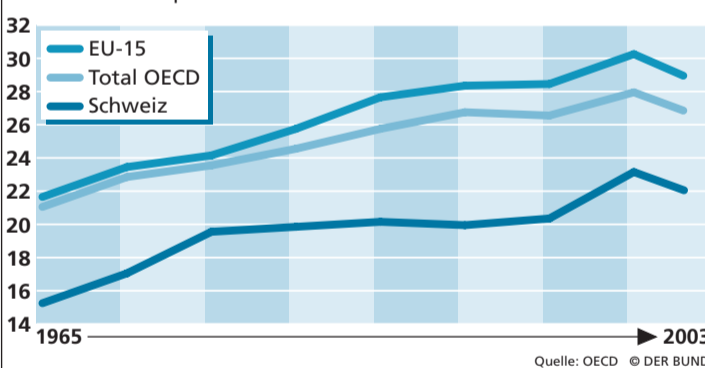
Zwei Reformrichtungen

Auch die volkswirtschaftliche Sicht würde nicht einfach nur möglichst tiefe Steuerbelastungen empfehlen. Die alten Ökonomenanliegen sind andere: möglichst wenig Schlupflöcher (eine breite Bemessungsgrundlage erlaubt dann fast automatisch auch tiefere Sätze) sowie ein möglichst einfaches und möglichst «neutrales» System (damit sich die Akteure auf ihr Geschäft und nicht auf «Steueroptimierung» konzentrieren und nicht eine Armee unproduktiver Steuerberater füttern müssen).

Gewisse Tendenzen in diese Richtung sind festzustellen. Zu den radikalsten Reformen gehört die Slowakei, die auf das Jahr 2004 mit Steuerschlupflöchern resolut aufgeräumt und für Einkommens-, Ertrags- und Mehrwert-

DER STAAT BLEIBT DRAN

Total Steuereinnahmen (ohne Sozialversicherungsbeiträge) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



steuer einen Einheitsatz von 19 Prozent eingeführt hat (vgl. «Bund» vom Samstag). Das Schwierigste war es, den Widerstand aller möglicher Lobbyisten gegen die Abschaffung von Sonderbehandlungen zu überwinden, wie Finanzminister Ivan Miklos sagt: Der Wahlsieg einer Mitte-rechts-Koalition habe aber ein Zeitfenster für Radikalreformen geschaffen. Bei der Einkommenssteuer sei dank hohen Freibeträgen (ein Betrag von rund 45 Prozent des Durchschnittseinkommens ist steuerfrei) auch bei dieser «Flat tax» noch ein progressives Element drin. Alles in allem war die Reform laut Miklos für den Staat etwa ertragsneutral. Laut einer Analyse der OECD haben die tiefen und die hohen Einkommen

zügen bei weiterhin progressiven Einkommenssteuersätzen.

Kapital ist nicht Arbeit

Ein anderes Modell stellte der frühere schwedische Steuerprofessor und Regierungsberater Sven-Olof Lodin vor. 1990 hat Schweden seine Steuersätze deutlich gesenkt und Schlupflöcher gestopft. Für Arbeitseinkommen gelten weiterhin progressive Steuersätze, während auf Kapitaleinkommen (Zinsen, Dividenden, Kapitalgewinne) der Einheitsatz von 30 Prozent eingeführt wurde (heute 28 Prozent). Seit 1990 schrumpfte in Schweden die gesamte Steuerbelastung (von 39 auf 36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) ebenso wie die Belastung auf Einkommen und Gewinnen (von 22 auf 18 Prozent des BIP). Die Reform war laut Lodin ein Erfolg: Sie habe für Behörden und Steuerpflichtigen Vereinfachungen gebracht und die Steuerumgehung drastisch eingeschränkt. Heute sei das System von kaum einer Seite bestritten.

Der St. Galler Professor Christian Keuschnigg empfiehlt in einer Studie für Avenir Suisse die «duale» Besteuerung (progressive Sätze auf Arbeitseinkommen, Einheitsatz auf Kapitaleinkommen) auch für die Schweiz. Die Unternehmensbesteuerung soll damit weitgehend «neutral» werden bezüglich Investitionen, Finanzierung und Rechtsform – und damit den aufwändigen Umgehungsaktivismen einschränken.

Auch der Wettbewerbslogik kann ein Staat damit nachleben: Das international mobilere Kapital könnte tiefer besteuert werden als die weniger mobile Arbeit. Ein Haken: Die unterschiedliche Behandlung von Arbeits- und Kapitaleinkommen widerspräche dem Prinzip der (progressiven) Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Keuschnigg stellt zwischen den Zeilen eine Gegenfrage: Ist es gerecht, wenn Steuerzahler A stärker belastet wird als Steuerzahler B mit dem exakt gleichen Lebensarbeitseinkommen, nur weil A viel spart und B alles gleich ausgibt?

Merz will nachdenken lassen

Wie dem auch sei. Der Schweizer Finanzminister Hans-Rudolf Merz gibt sich reformfreudig. Er bekräftigte am Freitag seinen Willen, die Radikalreform (Einheitsatz) ebenso wie die duale Einkommenssteuer nach skandinavischem Muster wissenschaftlich abklären zu lassen. Abklären tönt immer gut. Die politischen Widerstände werden dann noch früh genug kommen.

KURZ

Vor Rekordergebnis
SWATCH Die Swatch-Gruppe rechnet weiter mit einem Rekordergebnis für das laufende Jahr. Der Uhrenkonzern habe in den Monaten Juli, August und September «sehr gute» Ergebnisse erzielt, sagte Chef Nick Hayek der Westschweizer Zeitung «Le Temps». Das Geschäft im Luxussegment laufe hervorragend, aber auch die anderen Sparten entwickelten sich gut. Bei der Marke Swatch sei ein Umsatzziel von einer Milliarde nicht mehr unrealistisch, sagte Hayek zu den Gerüchten über mögliche Probleme im Billigsegment. (sda)

Kein Nachteil
SWISSCOM Swisscom-Chef Jens Alder sieht in der Bundesmehrheit am Telekommunikationsriesen keinen Nachteil. Die Swisscom werde auch in Zukunft das grösste Telekomunternehmen der Schweiz bleiben und brauche dazu keine noch stärkere Muttergesellschaft, sagte Alder der «Mittelland-Zeitung». Dass der Bund darüber nachdenke, seine Swisscom-Aktien zu veräussern, erklärt Alder politisch. Als Mehrheitsaktionär sei der Bund mit der Swisscom bisher zufrieden. Dies habe er mündlich und schriftlich. Für die Tatsache, dass etwa die UBS Kleinaktionäre rate, Swisscom-Aktien abzustossen, sieht Alder keine Gründe. Die Swisscom habe zwar Wachstumsprobleme, sinken werde der Swisscom-Dampfer aber nicht. (ap)

Ölexporte unterbrochen
IRAK Die irakischen Ölexporte über die Türkei sind nach Anschlägen auf wichtige Anlagen im Nordirak unterbrochen worden. Die Reparaturarbeiten dürften bis zu einem Monat dauern, sagte ein Vertreter der irakischen Ölindustrie am Sonntag. (sda)

Ex-Chef im Visier
INFINEON In der Infineon-Schmiergeldaffäre wird jetzt auch gegen den früheren Firmenchef Ulrich Schumacher ermittelt. Das sagte der deutsche Oberstaatsanwalt Anton Winkler dem Magazin «Focus». Ein Zeuge habe berichtet, Schumacher habe beim Kauf privater Sportwagen Vorteile angenommen. Schumacher wies den Vorwurf zurück: «Ich habe nie auch nur einen einzigen Cent angenommen.» (sda)

Noch ein China-Effekt
REIFEN Die boomende chinesische Wirtschaft heizt nicht nur die Nachfrage nach Öl und Stahl an. Auch der Bedarf an Reifen ist extrem gestiegen. Während die Autofahrer noch keine Probleme haben, stöhnen die Hersteller von Bau- und Industriemaschinen. Sie klagen über erhebliche Lieferengpässe der grossen Reifenkonzerne. Die Reifenproduzenten kommen wegen begrenzter Kapazitäten kaum nach. (sda)

REKLAME

Erfolgreich Anlegen mit EKI Fonds-Portfolios (ab CHF 5000.-)

Fonds	Ertrag	Risiko
ESL	21.4%	16.3%
SCHLITZ	13.2%	10.2%
HARDER	14.5%	10.2%
RUGER	8.3%	10.2%

www.eki.ch

BANK EKI

Ersparniskasse des Amtsbezirks Interlaken

Rosenstrasse 1
3800 Interlaken
T 033 826 17 48
www.eki.ch

ANZEIGE

Abflug ab Bern 08:25 Ankunft in Bern 09:45 Abflug ab Bern 16:25 Ankunft in Bern 17:45

BERN LONDON CITY

Neu ab 31.10.05: 2 x täglich

Buchungen und Informationen: www.darwinairline.com, Gebührenfreie Nummer aus der Schweiz: 0800 177 177, oder bei Ihrem Reisebüro.

www.darwinairline.com

DARWIN
THE SWISS REGIONAL AIRLINE

Evolution nach Darwin Airline... ab Bern Belp.